

# Spanien führt staatliches Diplom für Hausfrauen ein

Im Kampf gegen die rekordhohe Arbeitslosigkeit in Spanien will die Regierung Hausfrauen als Fachkräfte anerkennen. Dies soll betroffenen Familien zu einem Einkommen verhelfen.

Cornelia Derichsweiler, Madrid

Wer zu Hause kocht, Kinder erzieht oder ältere Familienangehörige pflegt, kann sich diese Tätigkeiten in Spanien bald beruflich anerkennen lassen. Die geplante Reform richtet sich in erster Linie an Frauen, die im Alltag zwar sehr viel praktische Erfahrung vorzuweisen haben, aber wegen der Erziehung ihrer Kinder keine Ausbildung machen konnten. Von der Massnahme, die die sozialistische Regierung Zapatero noch im Mai mit einer Verordnung in Kraft setzen will, könnten rund eine halbe Million Hausfrauen profitieren. Diese sollen künftig vor allem als Kinderbetreuerinnen oder Altenpflegerinnen arbeiten dürfen. Die Frauen müssen dazu allerdings vorbereitende Kurse besuchen und später eine Prüfung ablegen, in der sie ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen haben.

Vor allem im Pflegebereich wird in Spanien händeringend Personal gesucht. Bis vor kurzem war die Betreuung alter und behinderter Menschen vorrangig Familiensache und wurde in der Regel von Frauen geleistet. Erst seit zwei Jahren gibt es ein Pflegegesetz, das die Angehörigen entlastet und ihnen finanzielle wie professionel-

le Hilfe zusagt. Die Umsetzung jedoch stockt, vor allem weil es an Pflegepersonal fehlt. Hier wie auch in Kinderkrippen sieht die Regierung Einsatzmöglichkeiten für die diplomierten Hausfrauen, die neben praktischer Erfahrung auch das notwendige Einfühlungsvermögen mitbringen dürften.

Der spanische Hausfrauenverband begrüsst die Initiative, weil sie die Arbeit von Hausfrauen anerkennt und ihnen gleichzeitig den Sprung ins Erwerbsleben ermöglicht: «Mit einem Diplom in der Tasche können viele Frauen nun auf eine Stelle hoffen, die sie ohne Ausbildung nie bekommen würden», sagt Isabel Ávila, die Vorsitzende des Verbands. Das sei vor allem jetzt, in Zeiten der Wirtschaftskrise und angesichts drastisch steigender Arbeitslosenzahlen, wichtig. Ávila rechnet damit, dass etliche Frauen, die bisher nicht berufstätig waren, ihren Männern künftig unter die Arme greifen werden müssen. In Spanien sind inzwischen 4 Millionen Personen ohne Arbeitsstelle – 17 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung, so viel wie nirgendwo sonst in der EU. In mehr als einer Million Haushalten haben sogar alle Familienangehörigen ihre Stelle verloren.

Die konservative Opposition hält die geplante Massnahme der Regierung für ein reines Notpflasterchen. Sie bezweifelt, dass es genügend Stellen in Altersheimen und Kinderkrippen für die grosse Schar der Anwärterinnen gibt. Diesen Titel könnten sich die Betroffenen hinterher an die Wand hängen, mehr aber auch nicht, höhnt sie.



Vor einem Karrieresprung: Hausfrauen, hier im Film «Volver» von Pedro Almodóvar.



Nach dem Schweinegrippe-Notstand sind in Mexiko-Stadt auch Ringkämpfe wieder erlaubt. (Brennan Linsley/AP)

## Tödliche Sorglosigkeit

### Mexiko zieht Bilanz nach dem Abflauen der Schweinegrippe

Epidemie-Experten verteidigen Mexikos kostspieligen Grippe-Alarm. Doch sie kritisieren zugleich schwere Versäumnisse bei der Vorsorge des Landes.

Matthias Knecht, Mexiko-Stadt

Der Dauerstau auf allen Strassen zeigt, dass in Mexiko-Stadt wieder Normalbetrieb herrscht. Der Epidemie-Notstand ist vorbei, Geschäfte, Behörden, Universitäten und Sportstadien sind wieder offen. Seit Montag gab es keinen neuen Todesfall durch die Schweinegrippe zu beklagen. Bis Freitag hat diese laut dem Gesundheitsministerium 45 Menschenleben gefordert. 1364 Personen wurden angesteckt. Das sind etwas mehr als ein Tausendstelprozent der Bevölkerung Mexikos.

Damit ist in Mexiko ein Streit darüber entbrannt, ob der Epidemie-Notstand gerechtfertigt war. Handels- und Dienstleistungsbetriebe melden Einnahmefälle von umgerechnet einer Milliarde Franken, nachdem zeitweise 85 Prozent aller Betriebe des Landes geschlossen waren. Wie schnell sich Mexiko davon erholt, hängt vor allem vom Tourismus ab, der nahezu komplett eingebrochen ist. In der Kritik

steht vor allem Marcelo Ebrard, Bürgermeister von Mexiko-Stadt, dem Zentrum der Epidemie. Der linksgerichtete Politiker hatte in der Hauptstadt besonders scharfe Massnahmen zur Verhinderung von Ansteckungen verfügt, etwa die Schliessung aller Restaurants. Das kostete laut Wirtschaftsverbänden 100 000 Personen zeitweilig die Stelle. Ein Vertrauter des konservativen Staatspräsidenten Felipe Calderón wirft Ebrard Überreaktion vor.

Die Folgen des Notstands haben möglicherweise mehr Menschenleben gefordert als die Epidemie selbst, die unerwartet glimpflich verlief. Während der 13 Tage, in denen das öffentliche Leben in Mexiko-Stadt weitgehend stillgelegt war, starben 120 Personen

### 3440 Ansteckungen

**Weltweit sind nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation bisher 3440 Erkrankungen am Influenzavirus H1N1 bestätigt. Betroffen sind 29 Länder. Es wurden 48 Todesfälle bekannt, 45 in Mexiko, 2 in den USA und 1 in Kanada.**

bei Verkehrsunfällen. Das sind etwa 100 mehr als sonst in diesem Zeitraum üblich. Die Staatsanwaltschaft führt das auf die leeren Strassen nach dem Grippe-Alarm zurück. Diese verleite-

ten zu Geschwindigkeitsexzessen mit oft tödlichen Folgen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stärkt Mexikos Behörden indes den Rücken. Ohne deren rasche und harte Reaktion hätten mehr als 8000 Personen sterben können, teilte sie am Freitag mit. Der WHO-Repräsentant im Land, Philippe Lamy, beschneigt Mexiko, die richtigen Massnahmen getroffen zu haben. Auch der Direktor des amerikanischen Center for Disease Control and Prevention, Richard Besser, lobt Mexiko als «Beispiel für die Weltgemeinschaft».

Schwere Vorwürfe hingegen erhebt die mexikanische Epidemie-Forscherin Carmen Soler. Die gleiche tödliche Sorglosigkeit, die Mexikos Strassenverkehr kennzeichnet, herrscht laut der Virologin auch in der Gesundheitspolitik. Das Land habe es entgegen Vereinbarungen mit der WHO jahrelang unterlassen, in eigene Laboratorien zu investieren und Grippefälle systematisch auszuwerten. Darum habe man erst sehr spät die neue Gefahr erkannt. «Es wäre möglich gewesen, Tote zu vermeiden», sagt Soler. Zugleich zeigt sie Verständnis für die Behörden: «Ohne gesicherte Informationen zu haben, mussten sie handeln. So beschloss man übertriebene Massnahmen.»

# Ich bin meine Kinder, die jeden Tag die Welt neu erfinden

Prima. Freiheit für Ihre Kinder, Kostenkontrolle für Sie.

together we can do more

orange™